

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 8 15 20-12

Inhalt

Michael Müller MdB zur Konstituierung der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Perspektiven für eine umweltverträgliche Stoffwirtschaft": Ein neues Kapitel in der Umweltpolitik.

Seite 1

Hans-Günther Toetmeyer MdB zu Erfordernissen der deutsch-namibischen Entwicklungszusammenarbeit: Fehlende Unterstützung für ein erfolgreiches Modell.

Seite 2

Dokumentation

Zum 70. Geburtstag von Egon Bahr hat das Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Hamburg eine Festschrift mit Beiträgen von 65 Persönlichkeiten aus aller Welt herausgegeben. Wir dokumentieren daraus den Glückwunsch von Wolfgang Thierse: Egon Bahrs Verdienste sind nicht nur historisch.

Seite 5

47. Jahrgang / 54

18. März 1992

Ein neues Kapitel in der Umweltpolitik Zur Konstituierung der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Perspektiven für eine umweltverträgliche Stoffwirtschaft"

Von Michael Müller MdB
Vorsitzender der Bundestags-Enquete-Kommission "Ökologische Stoffwirtschaft"

Mit der Einsetzung dieser Enquete-Kommission "Ökologische Stoffwirtschaft" will der Bundestag ein neues Kapitel in der Umweltpolitik aufschlagen. In den letzten Jahren ist in vielen Bereichen deutlich geworden: Die Politik der nachträglichen Schadstoffkontrolle gerät an Grenzen. Alle Fraktionen haben übereinstimmend im Deutschen Bundestag festgestellt, daß es nunmehr darauf ankommt, durch die Kenntnis und Bewertung von Stoffflüssen und ihrer Veränderung aufgrund menschliche Eingriffe die Voraussetzungen für einen tatsächlich vorsorgenden Schutz von Umwelt- und Gesundheit zu schaffen.

Die heutige Umweltpolitik ist weitgehend reaktiv und kann von daher nur begrenzt das ökologisch Notwendige erreichen. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß trotz der vergleichsweise hohen technologischen Effizienz die führenden Industrieländer die weitaus größten Umweltverschmutzer sind. In den letzten Jahren sind die Folgen der Anreicherung von Giftstoffen in der Umwelt immer deutlicher geworden. Dies zeigt sich in der Zerstörung der lebensschützenden Ozonschicht ebenso wie in den chemischen Verbindungen, die zur Änderung des Klimas beitragen; dies zeigt sich in der Anreicherung von Giften in den Nahrungsmitteln ebenso wie in der Zunahme umweltbedingter Krankheiten. Deshalb dürfen nicht nur Großunfälle wie Sandoz oder Seveso gesehen werden, auch die alltäglichen Gefährdungen müssen mehr Beachtung finden.

Diese Enquete-Kommission hat nicht das Ziel die chemische Industrie auf die Anklagebank zu setzen. Wir wissen, daß die Menschheit der Chemie wichtige Fortschritte zu verdanken hat. Und es wäre auch falsch, die Stoffproblematik auf die Chemieindustrie zu verengen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, zu einer sachgerechten Bewertung der Chancen und Risiken der Chemie zu kommen und die Innovationskraft dieser starken Industriebranche und der Wissenschaft für eine größere Verträglichkeit von Ökonomie und Ökologie zu nutzen. Die Kommission hat deshalb neben der Aufarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen auch die Aufgabe, die Industriegesellschaft im Sinne einer dauerhaften Entwicklung zukunftsverträglich zu machen, also die wirt-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinformatiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



schaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verträglichkeit und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden.

Die Hinweise nehmen zu, daß die biochemischen Kreisläufe ins Rutschen geraten und im Erd-Ökosystem Belastungsgrenzen sichtbar werden. Deshalb geht die Aufgabe der Kommission, weit über eine 'Alltagsarbeit' hinaus. Wir nehmen keine Pionierrolle für eine neue Qualität von Umweltpolitik ein, die nur auszufüllen ist, wenn die Kommission diskursiv, daß heißt offen und lernfähig, und konstruktiv zusammenarbeitet. Der Bundestag hat in den letzten vier Jahren mit diesem Arbeitsstil und Politikverständnis in der Klima-Enquete gute Erfahrungen gemacht. Die öffentliche Anerkennung, die auch unsere Kommission erfahren kann, liegt zum einen an der Qualität unserer Berichte, sie liegt aber auch daran, daß wir über die Fraktionsgrenzen hinweg gut zusammenarbeiten. In diesem Sinne wünsche ich unserer Enquete-Kommission viel Erfolg und auch Mut, neue Wege zu gehen und unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

(-/18. März 1992/rs/ks)

Fehlende Unterstützung für ein erfolgreiches Modell **Zu Erfordernissen der deutsch-namibischen Entwicklungszusammenarbeit**

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

Dabei hatte alles so vielversprechend begonnen: Am 15. März 1989 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in einem einstimmig gefaßten Beschluß auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, "daß nach Konstituierung einer freigewählten Regierung in Namibia die wirtschaftliche, entwicklungspolitische und kulturpolitische Zusammenarbeit aufgenommen werden kann". Angesichts der besonderen Verantwortung der Bundesrepublik für Namibia sollte dieses Land "unter Nutzung bisheriger Erfahrungen ein besonderer Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit werden".

Ein klarer Beschluß also, der - so will man meinen - eine gute Basis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Namibia bot.

Im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages war man sich darüber einig, daß dieses erste Modell eines demokratisch strukturierten Namibia in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit anders als zumeist autokratisch gelenkte schwarzafrikanische Länder behandelt werden sollte. In seiner praktischen Konsequenz bedeutete dies, daß im Falle Namibias deutliche Abstriche von üblichen Prüfungserfordernissen gemacht werden sollten. Eben dies war die Intention des Bundestages, um das sofortige Anlaufen der bundesdeutschen Hilfsmaßnahmen an Namibia zu gewährleisten.

Im Bundeshaushalt 1990 wurden erstmals Mittel für Namibia eingestellt. Der Einzelplan 23 hielt 75 Millionen DM für finanzielle und 25 Millionen DM für technische Zusammenarbeit bereit. Bei diesen Mitteln handelte es sich jedoch um Verpflichtungsermächtigungen, d.h. sie konnten frühestens im Jahr 1991 kassenwirksam werden. Eine Tatsache, über die die namibische Regierung lange Zeit im Unklaren gelassen wurde. Sie hinderte den Pressesprecher des Auswärtigen Amtes, Schumacher, aber nicht daran, anläßlich der Teilnahme von Außenminister Genscher an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Namibia im März 1990 zu verkünden: 'Im Bundeshaushalt 1990 sind 100 Millionen DM an Soforthilfe für Namibia vorgesehen'. Eine unglaubliche Fehlinformation also, die das Verwirrspiel der bundesdeutschen Entwicklungshilfe an Namibia deutlich werden läßt.

Groß war daher im Mai 1990 die Enttäuschung bei der namibischen Regierung, als man im Verlauf der ersten Regierungsverhandlungen in Bonn erfuhr, daß die 100 Millionen DM nicht als Zuschuß, sondern lediglich als Darlehen gewährt werden sollten. Wen wundert es, daß

angesichts dieser Fehlinformation in einem Kommentar der deutschsprachigen "Namibia Nachrichten" vom 20./ 21. Mai 1990 unter der Überschrift "Was Bonn uns nicht gesagt hat" zu lesen war: "Die Kreditbedingungen haben eines aufgezeigt: Das bundesdeutsche Gerede von der besonderen Verantwortung ist nur ein Lippenbekenntnis, ist politische Worthülse".

Namibia lehnte das Darlehensangebot ab. Eine volkswirtschaftlich gesehen sinnvolle und verständliche Entscheidung, hatte sich die namibische Regierung doch dazu entschlossen, nicht den Weg vieler anderer Entwicklungsländer zu gehen und sich durch Kreditaufnahme in großem Rahmen zu verschulden. Aus diesem Grunde setzte man auf ausländische Finanzhilfe, die direkt in den Haushalt einfließen soll.

Erst Ende November 1990 wurde in Windhuk nach dreitägigen zähen Verhandlungen das erste Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Die darin vereinbarten Projekte umfassen im wesentlichen die Bereiche Berufsausbildung, Landwirtschaft, sozialer Wohnungsbau und Wasserversorgung. Einzige Zusage der Bundesrepublik; Neben den als Zuschuß gewährten 25 Millionen DM für die technische Zusammenarbeit werden von den Mitgliedern für die finanzielle Zusammenarbeit 50 Millionen DM - unter der Voraussetzung, daß entsprechende Projekte vorgelegt werden - in einen Zuschuß umgewandelt, 25 Millionen DM als Darlehen gegeben.

Der Abfluß der Mittel nach Namibia ließ aber auch in der Folgezeit auf sich warten. Im April 1991 war der namibische Finanzminister Herrigel aufgrund der angespannten Finanzlage - entgegen seiner ursprünglichen Absicht - gezwungen, für dringende Projekte im Landwirtschafts-, Gesundheits- und Erziehungsbereich 440 Millionen Rand auf dem Kreditweg aufzunehmen. Der Anteil der Kreditaufnahme am Bruttosozialprodukt, dessen kritische Grenze bei fünf Prozent liegt, stieg - wegen Bruchs der gegebenen Versprechungen der Bundesrepublik, auf 7,7 Prozent. Eine ökonomisch gesehen unverantwortliche Maßnahme, angesichts des Drucks der zu lösenden Probleme jedoch unvermeidlich.

Sogar die Deutsche Botschaft in Windhuk sah sich im Juni 1991 veranlaßt, beim Auswärtigen Amt zu intervenieren. Sie forderte eine Beschleunigung der FZ-Verfahren, da Namibia zur Stabilisierung der jungen Demokratie und angesichts hoher Erwartungen seitens vernachlässigter Regionen und Bevölkerungsgruppen dringend Hilfe benötige. Ausdrücklich wies die Botschaft darauf hin, daß der namibischen Regierung bekannt sei, daß im Zusammenhang mit der Golfkrise Golfanrainerstaaten in großem Umfang ungebundene Hilfe in Zuschußform gewährt worden sei. Es drohe die Gefahr, daß die Bedeutung der 100 Millionen DM-Zusage durch ein negatives Image der Hilfsverfahren überlagert werde.

Bis zum heutigen Tag ist von den im November 1991 vereinbarten Projekten der finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 75 Millionen DM lediglich ein kleines Projekt begonnen worden. Zwar sind in den Bundeshäushalten 1991 und 1992 zusätzlich insgesamt 80 Millionen DM für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Namibia bereitgestellt worden, entsprechende Regierungsvereinbarungen über die Verwendung der Mittel stehen allerdings noch aus.

Die Bundesregierung ist dem Beschluß des Bundestages vom 15. März 1989 leider nicht in entsprechender Weise gefolgt. Bürokraten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben die Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia in das alte, jahrzehntelange Schema eingepaßt. Anstatt von herkömmlichen Prüfungsverfahren abzusehen und die Vergabekriterien nicht restriktiv auszulegen, wurde Namibia wie ein herkömmliches Entwicklungsland behandelt.

Namibia erfüllt auch im zweiten Jahr nach der Unabhängigkeit immer noch die Voraussetzungen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Das "Modell Namibia", das von vielen Fachleuten als richtungweisend für die politische Entwicklung im gesamten südlichen Afrika angesehen wird, ist insgesamt positiv zu bewerten. Die weltweit anerkannte, von allen in der Nationalversammlung vertretenen sieben Parteien angenommene Verfassung erweist sich als tragfähige Basis der noch jungen Demokratie. Diese Verfassung ist Eckpfeiler eines politischen Grundkonsensus, der den inneren Frieden und die politische Stabilität des Landes gewährleistet.

Es kann kein Zweifel daran bestehen: Das demokratische System in Namibia funktioniert. Die von Präsident Nujoma mit großer Weitsicht betriebene Politik der "national reconciliation" (nationale Aussöhnung), das wohl wichtigste Leitmotiv der namibischen Innenpolitik, wird - trotz einiger Rückschläge - von der Mehrheit der namibischen Bevölkerung getragen.

Als entscheidend und richtungswesend für die weitere Innere Stabilität des Landes ist das Ergebnis des ersten Parteikongresses der SWAPO, der im Dezember 1991 in Windhuk abgehalten wurde, anzusehen. Die SWAPO vollzog dort den ersten Schritt auf dem Weg zu einer demokratisch organisierten Partei, die sich dem Wettbewerb mit anderen politischen Parteien stellt. Die im Vorfeld des Kongresses geäußerten Spekulationen, daß es eine deutliche Verschiebung zu radikalen Tendenzen geben werde, sind eindeutig widerlegt worden.

Auch die Notwendigkeit einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Namibia ist nach wie vor, ja mehr denn je gegeben. Die ökonomischen Probleme des Landes verdeutlichen dies:

Seit 1989 befindet sich Namibia in einer starken Rezession. Besondere Einbrüche sind im Bereich des Bergbaus zu verzeichnen. Die Diamantengewinnung, die schon in den 80er Jahren um 50 Prozent zurückgefahren werden mußte, sank 1990 um weitere 30 Prozent. Die Förderung von Uran und Buntmetallen weist ein ähnlich düsteres Bild auf. Sinkende Rohstoffpreise führten zudem zu einem erheblichen Rückgang der dringend benötigten Exporterlöse. Die ehemals reichhaltigen Fischgründe vor der namibischen Küste sind aufgrund der jahrelangen illegalen, besonders von Spanien und der ehemaligen Sowjetunion betriebenen Raubfischerei restlos ausgebeutet. Experten schätzen, daß der Mindestzeitraum einer grundsätzlichen Schonung fünf bis zehn Jahre betragen sollte. Nach Meinung des IFO-Instituts zeichnet sich für die namibische Wirtschaft auch in den kommenden Jahren eine negative Perspektive ab. Die Folge sind eine leere Staatskasse und eine Arbeitslosenquote, die bei den städtischen Schwarzen auf fast 50 Prozent angewachsen ist. Verständlich, daß die namibische Regierung angesichts solcher Strukturbedingungen und der hohen Erwartungshaltung seitens der schwarzen Bevölkerung, die auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage drängt, eine schier unlösbare Aufgabe zu bewältigen hat.

Zur Erinnerung sei an dieser Stelle noch einmal auf eine Presseverlautbarung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verwiesen, die anlässlich der Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990 herausgegeben wurde: "Namibia braucht, um erfolgreich zu sein, die solidarische Unterstützung der internationalen Staatengemeinde. Die Bundesrepublik Deutschland wird trotz der rasanten deutsch-deutschen Entwicklung ihr Interesse an einer positiven Entwicklung Namibias nicht verlieren und das Land entsprechend den Erklärungen des Deutschen Bundestages tatkräftig unterstützen".

Bleibt zu hoffen, daß diese vollmundigen Versprechungen nun endlich in die Tat umgesetzt werden. Um einem weiteren Vertrauensverlust der Bundesregierung in Namibia entgegenzuwirken, sind folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

1. Das Instrumentarium der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Namibia muß entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 15. März 1989 geändert werden.
2. Die mit Namibia im November 1991 vereinbarten Projekte müssen umgehend realisiert werden.
3. Über die in den Haushaltsplänen 1991 und 1992 bereitgestellten Mittel für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Namibia sind unverzüglich Regierungsvereinbarungen herbeizuführen.

(-/18. März 1992/ks/rs)

DOKUMENTATION

Wolfgang Thierse: Egon Bahrs Verdienste sind nicht nur historisch

Zum 70. Geburtstag von Egon Bahr am 18. März gibt das Institut zur Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Hamburg, dessen Leiter Bahr ist, eine Festschrift heraus. 65 Autoren aus aller Welt haben dafür Beiträge geschrieben. Wir dokumentieren daraus den Geburtstags-Artikel des stellvertretenden SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Thierse.

Mein erster Kontakt mit Egon Bahr war medial vermittelt und einseitig: Er sprach im Radio, ich mußte zuhören. Diese Verbindung ist mir als unerfreulich in Erinnerung, weil Bahrs RIAS-Kommentare regelmäßig Anlaß für meinen Vater waren, in für uns Kinder sonst ungewohnter Schärfe sofortigen Gehorsam zu verlangen: "Ruhe!". Der RIAS war gestört und es bedurfte der Konzentration, den Worten des Kommentators schon allein akustisch folgen zu können. Der Zwang zum Zuhören war folgenreich: Der verbotenen Botschaft des RIAS war etwas abzugewinnen, nämlich was es heißt, politisch zu argumentieren. Die Stimme des Botschafters - ruhig und nachdrücklich - hat sich dem zehnjährigen Jungen eingeprägt als Synonym dafür.

Später, den Kinderschuhen entwachsen, wurde Egon Bahr zum Hoffnungsträger für mich und viele Menschen in der DDR. "Wandel durch Annäherung" war das Stichwort für eine Hoffnung, die unerträglich besengende Frontstaat-Situation loswerden zu können. Entkrampfung im Innern, mehr Freiheit als Folge des Ernstnehmens der DDR und ihrer selbsternannten Repräsentanten, das schien Perspektive zu sein. Die Hoffnung trog, wenn sie auch am Ende kein Irrtum war. Die Rechnung des Konzepts "Wandel durch Annäherung" ging auf einem anderen Wege auf, als es der Vorstellung des Jahres 1963 geläufig war. Es ist nicht zuletzt die Kette immer wieder enttäuschter Hoffnungen gewesen, die die Bürgerinnen und Bürger in der DDR auf die Straße brachten. Die Hoffnung auf mehr Reise-, Bewegungs- und Handlungsfreiheit nach dem Grundlagenvertrag; die Hoffnung auf mehr individuelle Rechte nach der KSZE-Schlußakte, die Hoffnung auf weniger Mangel nach den vielen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffenden Ost-West-Vereinbarungen, die erneute Hoffnung auf einen offenen, gesellschaftlichen Dialog mit dem Ziel der Reform nach dem SPD/SED-Streitpapier; sie alle wurden enttäuscht. Immer wieder handelte es sich bloß um Strohfeder, immer wieder folgten kleinen Offenheiten zusätzliche Einengungen, immer wieder setzte sich der leise Terror des Systems durch.

Bis endlich, endlich das Volk der Obrigkeit nicht mehr traute, nichts mehr von ihr erwartete und sich selbst erhob. Es ist nicht zu übersehen, daß die von Egon Bahr mitkonzipierte, umgesetzte und durchgesetzte Politik in diesem Prozeß eine Rolle spielte. Und Egon Bahrs fast schon geflügeltes Wort ist dementsprechend folgerichtig: "Nun haben wir endlich die Probleme, die wir uns 40 Jahre lang gewünscht haben."

Egon Bahr werden viele Fehler und Irrtümer vorgehalten. Bei einer 40jährigen politischen Biographie gewiß keine Überraschung. Es gilt eben die Volksweisheit, daß "nur wer nichts macht, keine Fehler macht". In Wirklichkeit kann aber in bestimmten Situationen nichts zu tun zum größten Fehler, zur sträflichsten Unterlassung werden, hinter der alle Fehler riskanten politischen Handelns verblassen.

Die "Gemütlichkeit hinter der Mauer" hat Egon Bahr, so meine ich, von Anfang an nicht ruhen lassen. Sie war nicht der Zustand, den seine Perspektive hinzunehmen erlaubte. Er hat mit der Idee und der Realisierung der Ostpolitik Verantwortungsethik anstelle der Adenauerschen Gesinnungsethik gesetzt. Er hat sich absichtsvoll dem Risiko gestellt, mit dem totalitären Gegner der Demokratie und der Demokraten zu sprechen, mit ihnen zu verhandeln und zwangsläufig auf Kompromisse einzugehen. Anerkennung der Realitäten als Voraussetzung ihrer Veränderung hieß eben auch, formale Gleichheit in Kauf zu nehmen, um die Ungleichheit kenntlich zu machen. Die Denunziation, mit den falschen Leuten in einem Boot zu sitzen, blieb auch nicht aus. Egon Bahr konnte stets mit Recht darauf verweisen, daß es keine Alternative gibt, solange man den bedrängten Menschen gegenüber verantwortlich handeln will, solange man Frieden

in einer hoch angespannten Situation sichern und solange man Dokumente wie zum Beispiel die KSZE-Schlussakte, aushandeln will. Und es gab keinen anderen Weg, die kleinen Freiheiten zu erreichen und die menschlichen Verbindungen zu stabilisieren, die uns zusätzliche Informationen, geistige Nahrung brachten, durch die doch viele erst ein anderes als das staatlich verordnete politische Gedankengebäude in der DDR entwickeln konnten.

Egon Bahrs Verdienste sind nicht nur historisch, Bahr bleibt aktuell. Er hätte viel zu sagen, wenn er will, über die Frage der moralischen Legitimation und der politischen Notwendigkeit mit dem totalitären Gegner zu verhandeln. Andere haben das Prinzip, dessen Anwendung Bahr zwischen den Staaten für notwendig hielt, innerhalb der DDR benutzt, um Menschen zu helfen, um Bedrücknisse zu lindern, um kleine Freiheiten vor staatlichem Zugriff zu schützen. Die "richtige" Gesinnung allein, so kann man daraus lernen, bewirkt noch keine konkreten Erleichterungen. Und die vielen kleinen Schritte haben sich schließlich auch zu einem großen historischen Schritt summiert.

Die Einheit Deutschlands war immer Egon Bahrs Traumziel. Das hatte ihn bei manchen den Ruf eines Nationalisten eingebracht. Seine tatsächliche Haltung, die er oft formuliert hat, widerlegt dieses Etikett. Sie ist es, die in der aktuellen Debatte über die Rolle und Bewertung der Nationen in Europa aktuell ist. Bahr war und ist ein Verfechter des Selbstbestimmungsrechts, als hätte er geglaubt, daß die Befreiung Osteuropas sich der Kräfte des Nationalen bedienen würde. Aber er hat zugleich der Nation und der Selbstbestimmung konsequent eine Priorität in der Politik verwehrt. Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel, aber nicht nur ihrer wegen, müsse dem Frieden diese Priorität zukommen. Die deutsche Einheit unter dem Atompilz sei genauso sinnlos wie die polnische, baltische oder sonst eine nationalstaatliche Souveränität.

Die Nation bleibt auch im Zeitalter des rationalen Imperativs zur internationalen Zusammenarbeit ein entscheidender Rahmen für die Willensbildung der Menschen. Wir haben das zu akzeptieren, zu bejahen. Damit wird die Nation nicht zum wichtigsten, dessen Symbole zu Tränen rühren oder zu feindseligen Wir-Gefühlen aufstacheln dürfen. Verachtung der Nation ist dagegen Laugnung der Realität. Ich wünsche mir Beiträge Egon Bahrs zu der Debatte unter den Linken, über die heutige Bedeutung der Nation. In dieser Debatte droht das Selbstverständliche zwischen den Extremen eines euphorischen Nationalgefühls und der Verteufelung alles Nationalen unterzugehen. Bahr könnte hier für Abhilfe sorgen.

Am Ende seiner kurz gehaltenen Würdigung, eines begrenzten Blicks auf eine Lebensleistung, muß im Falle Egon Bahrs der Begriff der Stabilität untersucht werden. Die Osteuropäer und die Ostdeutschen haben sich 1989 nicht mehr um die Stabilität geschert. Sie war der falsche Rat zu dieser Zeit. Die Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung war keinen Pfifferling mehr wert. Daß die Instabilität nicht die von vielen befürchteten Folgen hatte, verdanken wir Gorbatschow. Zu einem früheren Zeitpunkt jedoch war die Gefahr, daß Egon Bahr auf fürchterliche Weise recht bekommen hätte, immer sehr viel größer als sie immerhin auch 1989 noch war. Der 17. Juni, der Aufstand der Ungarn und die Zerschlagung des Prager Frühlings hatten das bewiesen.

Die Einheit Deutschlands, die er sich immer gewünscht und die ich in der DDR für unausweichlich notwendig gehalten habe, ist erreicht. Sie hat auch meine Beziehung zu Egon Bahr verändert: Vom zunächst unfreiwilligen Konsumenten seiner Kommentare zum freiwilligen und hoffnungsvollen Beobachter seiner Politik bin ich zum Gesprächspartner geworden; zu einem, der ganz persönlich zum Geburtstag gratulieren kann. Diese Wandlung vom passiven Objekt, vom Angehörigen einer bloßen Zielgruppe westdeutscher Politik, zum gleichberechtigten Mitgestalter, zum nicht nur Rat suchenden, sondern auch Rat gebenden Subjekt gemeinsamer Politik ist zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen insgesamt noch lange nicht erreicht. Sie ist das Ziel der gegenwärtigen Anstrengungen deutscher Innenpolitik.

(-)18. März 1992/rs/ks)
